

A) Beginn: 10.03 Uhr

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, ich möchte die heutige Sitzung eröffnen. Es ist die 74. Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße auch die bereits anwesenden Zuschauer auf der Besuchertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 17 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden wie üblich in das Protokoll aufgenommen.

Ich habe auf ein schönes Ereignis hinzuweisen. Unser Kollege Günter Weber von der Fraktion der SPD feiert heute seinen 62. Geburtstag. Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Weber, die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zur heutigen **Tagesordnung**. Wir **setzen die Haushaltsberatungen**, die gestern begonnen haben, **fort**.

Gestern haben wir die Beratungen mit dem Einzelplan 13 unterbrochen. Entsprechend der vorgesehenen Reihenfolge der Einzelpläne rufe ich jetzt auf:

B)

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2605 und **eröffne** hiermit die **Beratung**. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen allerseits! Bildungs- und Schulpolitik beherrschten in den vergangenen Wochen Gott sei Dank die Szene, ob es die Demonstrationen der letzten Tage waren, die Antwort der Politik mit leider nur gegenseitigen Schuldzuweisungen, oder ob wir die Rede von Roman Herzog, unserem Bundespräsidenten nehmen, die auf- und wachrütteln und vor allem deutlich machen sollte, welche elementare Bedeutung die Bildungspolitik für die Entwicklung unseres Landes haben muß. Gerade wir in der Bundesrepublik Deutschland, angewiesen auf einen hohen Wissensstand, auf moderne Technologien und Inno-

vationen, müssen uns dieser Erkenntnis immer wieder bewußt werden. Ausgaben für Schule und Bildung auch bei den Personalkosten sind letztlich Ausgaben im investiven Bereich. Es geht dabei in der Tat um dringend notwendige Investitionen in die Zukunft und für die Zukunft junger Menschen. **(C)**

Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, dürfen wir das nicht nur in Sonntagsreden und anderen Bekundungen von uns geben, dann müssen wir auch Zeichen und Schwerpunkte setzen.

(Beifall bei der CDU)

Genau das haben wir, die CDU-Fraktion, mit unseren im Schulausschuß eingebrachten Änderungsanträgen getan, die eine Sicherung der Unterrichtsversorgung an den Schulen unseres Landes zum Ziel haben.

Denn, meine Damen und Herren, wer mit offenen Augen in die Schullandschaft schaut, die Schulen vor Ort aufsucht und die immer zahlreicher werdenden Anschreiben bzw. Klagen vieler Schulen realistisch zur Kenntnis nimmt, der kommt nicht an der Erkenntnis vorbei, daß die Hauptprobleme der Schulen nicht irgendwelche Strukturfragen oder andere Inhalte der Denkschrift sind, sondern insgesamt das Alltagsgeschäft.

Und da haben wir nun einmal sehr viele Schulen mit einem zum Teil eklatanten Unterrichtsausfall. Sie alle hier im Raum wissen genau, daß weder die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen noch das Instrument "Geld statt Stellen" realistisch den Unterrichtsbedarf bei steigenden Schülerzahlen decken kann. Klar ist auch, daß das Instrument "Geld statt Stellen" die frühere Stellenreserve von 4 % auch nicht annähernd zu ersetzen vermag. **(D)**

Erlauben Sie einige wenige Anmerkungen über das Mittelfristige Konzept der Ministerin zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Ich will dabei nur die Thematik des sogenannten bedarfsdeckenden Unterrichts für Lehramtsanwärter herausgreifen. Zu Recht befürchten die Betroffenen, daß der Einsatz der Referendare, wie jetzt geplant, auf Kosten der Qualität des Unterrichts geht. Und dann in einem Brief an die Eltern noch beiläufig von einem positiven Nebeneffekt zu sprechen, wenn durch den eigenverantwortlichen Referendarunterricht 2 800 Stellen geschaffen werden, das ist schon mehr als zynisch.

Große Probleme wird es insbesondere in der Grundschule geben. Die CDU ist bereit, konstruktiv an Lösungsvorschlägen mitzuarbeiten. Sie

(Bernhard Recker [CDU])

- (A) hatte damals vorgeschlagen, daß Referendare nur im Einvernehmen mit Studienseminar und Schulleiter bis zu vier Stunden eigenverantwortlichen Unterricht erteilen dürfen, allerdings auch schuldifferent zu sehen.

Außerdem muß allerdings sichergestellt sein, daß die Lehramtsanwärter bedarfsgerecht auf die Schulen verteilt werden, die Studienseminare besser ausgestattet und Ausbildungsseminare sowie Prüfungsregelungen letztlich so ausgeformt werden, daß die Referendare während ihres Einsatzes im Unterricht dann auch Entlastung erfahren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nur unter diesen Bedingungen ist eine solche Maßnahme gerechtfertigt. Die bisherige Regelung ist pädagogisch unverantwortbar.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Frau Schumann, ich hoffe, daß Sie es nicht nur bei Briefen an die Ministerin belassen, sondern auch noch Taten folgen. Das möchte ich hier einmal sagen. Letztlich sind wir alle verpflichtet, den Schulen unseres Landes die Grundvoraussetzungen an die Hand zu geben, ihre Arbeit fach- und sachgerecht auszuüben. Das ist in der Tat in vielen Fällen nicht gegeben.

(B)

Wird der jetzige Status quo beibehalten, dann wird zumindest eine ganze Schülergeneration mit diesem Unterrichtsausfall leben müssen, und das in einer Zeit, meine Damen und Herren, in der die jungen Menschen unseres Landes in einem harten Wettbewerb um Studien- und Arbeitsplätze stehen.

Hinzu kommt, daß die Ergebnisse der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen zum Teil nicht nur besorgniserregend, nein sogar zum Teil im Ergebnis katastrophal ausfallen. Siehe beispielhaft das Ergebnis der TIMSS-Studie, die nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schülern einen frappierenden Rückstand hinter den Schülern anderer Bundesländer - vorrangig Bayern - bescheinigt hat. In Kenntnis dieser Situation wäre es unverantwortlich, nach dem Motto zu handeln: Augen zu, weiter so!

Alle Politiker sind aufgefordert, diese aktuelle Situation nicht nur in Reden und Interviews zu beklagen, sondern ein Zeichen für den Stellenwert

der Bildungspolitik hier in unserem Lande zu setzen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, dazu hat Sie nicht zuletzt Ihr Kabinettskollege Clement öffentlich aufgefordert, als er auf seiner Ausbildungsplatztour quer durch Nordrhein-Westfalen bestürzt das Ergebnis von 30 Jahren sozialdemokratisch-verfehlter Bildungspolitik zur Kenntnis nehmen mußte. Aber anders als Sie, Frau Behler, hat die CDU im Zuge der Haushaltsberatungen ein solches Zeichen gesetzt:

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Landesregierung nämlich auf, die in Kapitel 05 300 aufgeführten 934 Angestelltenstellen mit kw-Vermerk, die nach Ablauf des Schuljahres eine Dauerbeschäftigung im Rahmen des durch Ausscheidens von Lehrkräften entstehenden Ersatzbedarfes haben, um 1 000 Stellen auf 1 934 Stellen aufzustocken. Wir alle wissen, daß das auf lange Sicht keine Erweiterung des Stellenplans bedeutet, sondern mit dem Instrument der Vorgriffseinstellung kann kurzfristig der dringendste Bedarf gedeckt werden.

Mit dieser Art Mehrausgaben - sprich: Vorfinanzierung! -, sauber durch Kürzungsvorschläge in anderen Bereichen gedeckt, schaffen wir in der Tat dringend notwendige Investitionen in die Zukunft. Meine Damen und Herren, dazu gibt es keine Alternative, nimmt man es letztlich ernst mit der Bildungspolitik.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Uns bleibt auch unverständlich, wie es sich Frau Ministerin Behler erlauben kann, durch Maßnahmen wie etwa die Erhöhung der Pflichtstundenzahl oder den bedarfsdeckenden Unterrichtseinsatz von Lehramtsanwärtern 1 000 zusätzliche Stellen zu erwirtschaften, die sie dann in das System zurückgeben will. Belohnt werden sollen damit die Schulen, die sich auf innere Schulentwicklung - sprich: Umsetzung der Denkschrift - bemühen oder besondere Bedarfe haben. Wir allerdings fordern, daß diese 1 000 Stellen ausschließlich für fachspezifischen Unterricht eingesetzt werden.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, daß zunächst einmal die Grundversorgung gewährleistet werden muß, und zwar insbesondere

(Bernhard Recker [CDU])

- A) im Bereich der Hauptschule, die in sehr vielen Fällen in zahlreichen Orten riesige Probleme zu lösen hat, die zumeist gravierender sind als die aller anderen Schulformen. Hier gilt es, bitte, endlich für diese Schulform Zeichen zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin froh und meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fachbereichen außerordentlich dankbar, daß unsere Fraktion durch ihr einstimmiges Votum für die im Schulausschuß eingebrachten Anträge die Notwendigkeit und Bedeutung aktiver Bildungspolitik verdeutlicht hat. In Zeiten knappster Kassen setzen wir als CDU ein Signal, das viele betroffene Eltern und Schüler unseres Landes aus Richtung dieser Regierung leider vermissen. Unter Verzicht auf manches Wünschenswerte in vielen anderen Bereichen sehen wir neben dringend notwendigen Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Schul- und Bildungspolitik die Priorität Nummer eins.

(Beifall bei der CDU)

B) Mit diesen unseren Anträgen wollten wir alleine den Schulen helfen, endlich ein Stück mehr die personellen Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit zu schaffen. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es gab in der Tat kein nachvollziehbares Sachargument, der von uns geforderten Erhöhung um 1 000 Stellen nicht zuzustimmen. Leider hatte der Antrag den großen Makel, von der CDU zu stammen. Das wurde übrigens bei der Diskussion im Schulausschuß mehr als deutlich. Frau Schumann, Sie fanden sogar sehr viel Sympathie für unseren Antrag. Übrigens müßten Sie das auch, Frau Schumann, vergegenwärtige ich mir einmal Ihre Einlassungen zu dieser Thematik aus den Jahren vor Ihrer Regierungsverantwortung.

Meine Damen und Herren, man kann doch seine Meinung und Überzeugung nicht einfach an der Garderobe abgeben, nur weil man jetzt im Parlament eine andere Rolle spielt!

(Beifall bei der CDU)

Genau das aber tun Sie, wenn Sie Koalitionsräson über aller auch von Ihnen erkannten Argumente der betroffenen Schulen stellen. Reden Sie bitte nicht nur über Bildungs- und Schulpolitik, handeln Sie endlich! Hier hätten Sie die hervorragende Gelegenheit gehabt, für viele junge Menschen

- (C) und deren Zukunft ein Zeichen zu setzen. Sie haben eine große Chance vertan. Die Verantwortung dafür tragen Sie in der Tat ganz allein.

Frau Ministerin, wie wollen Sie eigentlich Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung an den Schulen Nordrhein-Westfalens garantieren, wenn Sie nicht einmal die personellen Grundvoraussetzungen schaffen und wenn die Chancen einer besseren Grundvoraussetzung so ausgeschlagen werden? Anspruch und Wirklichkeit sind in der Tat bei dieser Regierung zwei Paar grundverschiedener Schuhe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das gilt nicht nur im personellen Bereich. Es gibt eine Fülle anderer Beispiele, von denen ich nur wenige nennen möchte: So beabsichtigen Sie Leistungsvergleiche einzuführen, wie sie übrigens schon lange von der CDU gefordert, aber von Ihnen lange Zeit massiv bekämpft worden sind. Auf der anderen Seite schaffen Sie Noten ab und reduzieren die Zahl der Klassenarbeiten. Darin zeigt sich der ganze Widerspruch Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Sie beklagen auch die hohe Zahl der Rückläufer zu verschiedenen Schulen und damit manche schulische Fehlentwicklung junger Menschen. Auf der anderen Seite schaffen Sie das Gutachten beim Übergang zu den weiterführenden Schulen ab und produzieren geradezu Fehlentscheidungen in verstärktem Maße in den verschiedensten Schulformen.

(Beifall bei der CDU)

Sie beklagen sich weiter verstärkt über den auftretenden Werteverfall in unserer Gesellschaft, reduzieren aber gleichzeitig den Religionsunterricht in der Klasse 3 der Grundschule um ein Drittel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern gar die Abschaffung jeglichen konfessionsgebundenen Unterrichts, obwohl die Verfassung unseres Landes und das Grundgesetz - das auch für diese Partei Gültigkeit haben müßte - dies eindeutig einfordern und auch garantieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Koalition, Frau Ministerin, erkennen Sie bitte endlich die Zeichen der Zeit. Verbauen Sie der Jugend unseres Landes nicht ihre Zukunftsfähigkeit und nehmen Sie

(Bernhard Recker [CDU])

- (A) Abschied von Ihrer zum großen Teil rein ideologisch ausgerichteten Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Denken Sie endlich um und handeln Sie im Interesse vieler junger Menschen, die dringend ein Basiswissen benötigen, das ihnen eine Perspektive in Studium und Beruf bietet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Degen für die Fraktion der SPD das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Recker, zwei Anmerkungen zu dem, was Sie gesagt haben:

Erstens. Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen ist nicht erst in den letzten Wochen zu einem Thema geworden, sondern Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen war

(Albert Leifert [CDU]: War immer ein Chaos!)

- (B) zumindest für die SPD und auch für die GRÜNEN seit langer Zeit und vor allen Dingen in den letzten zwei Jahren täglich ein Thema. Wir bedürfen keiner Demonstrationen und keiner Protestschreiben, um die Wichtigkeit der Bildungspolitik in unserem Lande unterstrichen zu bekommen.

Zweitens. Herr Recker, wenn Sie in bezug auf die GRÜNEN - das reizte mich schon lange - die Überzeugung einklagen, dann fällt mir ein treffendes Zitat ein über Überzeugungen, wie das bei der CDU üblich ist. In der "FAZ" stand einmal

(Unruhe bei der CDU)

- das Zitat ist so schön, ich muß es loswerden - folgendes:

"In der CDU ist es üblich, folgendes zu demonstrieren: Prinzipientreue ohne Grundsätze in einer Gesinnungsgemeinschaft ohne Überzeugung."

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe von der CDU)

Die "FAZ" ist bekanntlich kein Kampfblatt der Linken. (C)

(Zuruf von der CDU: War das ein Leserbrief von Herrn Degen?)

Wir sprechen aber über den Einzelplan 05. Der Einzelplan 05 zeigt mit 20 Milliarden DM für den Bereich Schule und Weiterbildung den hohen Stellenwert, den unser Land der Bildung im Landeshaushalt einräumt. Faßt man alle Bildungsausgaben im Haushalt zusammen, wird dieser Anteil noch größer. Es ergibt sich dann ein Anteil von rund 40 % an den Landesausgaben.

Oberstes Ziel des Haushalts 05 ist es, bei sinkenden Einnahmen einen steigenden Bedarf abzusichern. Seit der letzten Steuerschätzung kann man nicht mehr von sinkenden, sondern man muß schon von dramatisch wegbrechenden Einnahmen sprechen.

Unter diesen Rahmenbedingungen einen Einzelhaushalt zu gestalten, bei dem weit über 90 % des Ausgabevolumens durch Personalausgaben festgelegt sind, läßt keine oder nur geringe Gestaltungsspielräume. Es ist nicht die Zeit, Wünsche zu formulieren, sondern es ist die Zeit, Notwendiges abzusichern.

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, bei steigenden Schülerzahlen den Unterricht trotz sinkender Einnahmen längerfristig und verläßlich abzusichern. Mit dem Konzept zur mittelfristigen Sicherung des Unterrichtsbedarfs haben wir uns ein Instrumentarium geschaffen, das diesen Anforderungen gerecht wird. Wir waren meines Wissens das erste Bundesland, das ein solches Konzept erarbeitet und beschlossen hat. (D)

Dieses Konzept zeichnet sich dadurch aus, daß es im Dialog mit den Lehrerverbänden erarbeitet worden ist, wenn es auch nicht im Einvernehmen mit diesen beschlossen wurde. Aber das konnte man schlechterdings nicht erwarten.

Im Gegensatz zu vielen pauschalen Maßnahmen in anderen Bundesländern handelt es sich in Nordrhein-Westfalen um ein differenziertes Konzept aus unter anderem Pflichtstundenerhöhung, sogenannten Vorgriffsstunden, geringen Kürzungen der Stundentafel und aus dem 1998 beginnenden bedarfsdeckenden Unterricht von Lehr- amtsanwärtlern.

(Manfred Degen [SPD])

A) Ich glaube, es ist in dieser Frage ganz wichtig, auch einmal über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinauszuschauen. Es sollen sechs Wochenstunden selbständiger Unterricht gegeben werden, von denen fünf bedarfsdeckend anerkannt werden. Vergleicht man dies mit den alten Bundesländern, so muß man sagen, daß Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit insoweit sehr zurückhaltend war und jetzt noch bei der Menge des bedarfsdeckenden Unterrichts und der Anrechnung im unteren Drittel rangiert. Bayern hat beispielsweise zehn Stunden, Baden-Württemberg zwölf Stunden, Hessen zehn Stunden. Ich wiederhole: Wir fangen jetzt mit fünf Stunden bedarfsdeckendem Unterricht an.

D Auch bei anderen Maßnahmen des mittelfristigen Konzeptes lohnt sich ein Blick auf die anderen Bundesländer. Wenn man beispielsweise den Bereich der Pflichtstunden nimmt, den wir differenziert erhöht haben, so muß man sagen, daß wir unter den alten Bundesländern außer Berlin - Berlin hat durchgängig bessere Werte, was auch an der Finanzierung dort liegen mag - das einzige Bundesland sind, das in der Grundschule an 27 Unterrichtsstunden pro Woche festgehalten hat. Bekanntlich haben wir diesen Bereich auch nicht erhöht. Wir sind also in diesem Rahmen unter allen alten Bundesländern eigentlich Spitze.

B)

D Aber das wichtigste Ergebnis dieses mittelfristigen Konzeptes ist die Sicherung des Unterrichts, die Einhaltung des Versprechens, jede durch Ausscheiden frei werdende Stelle neu zu besetzen. Mit zur Zeit über 4 000 Neueinstellungen im Schulbereich - das sind immerhin seit 1995 13 500 oder 21 000 Neueinstellungen in dieser Legislaturperiode - nehmen wir eine Spitzenstellung ein. Zur Zeit werden in Nordrhein-Westfalen 30 % aller Neueinstellungen im Schulbereich vollzogen. Wenn man noch differenzierter rechnen und berücksichtigen würde, daß andere Bundesländer Zweidrittel-Stellen oder Dreiviertel-Stellen einrichten, so ist der Prozentanteil Nordrhein-Westfalens an den realen Neueinstellungen noch höher.

Wir haben den Vorteil, daß wir in unserem Lande eine Perspektive auch für die Lehramtsanwärter gebildet haben. Wir erreichen mit den Neueinstellungen eine Verjüngung der Kollegien. Wir decken auch fachspezifische Bedarfe ab. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß wir die Möglichkeit der schulscharfen Einstellungen in diesem Jahr erweitern wollen.

(C) Es gibt aber auch Nachteile, die nicht gegen Nordrhein-Westfalen, sondern eher für Nordrhein-Westfalen sprechen. Denn Nordrhein-Westfalen wird zunehmend zu einem Mekka für Lehramtsanwärter aus anderen Bundesländern, in denen sie keine Chance für ihre Zukunft sehen.

In Zeiten wie diesen ist von Regierungsfractionen mehr denn je vorausschauende Planung, solide Finanzierung und Verlässlichkeit der Beschlüsse gefordert.

Eine Ausweitung von Schulversuchen im Sekundar-I-Bereich zur Integration Behinderter - jetzt will ich einige Punkte herausgreifen - kann es über die 30 Versuche hinaus nicht geben. Auch im Primarbereich heißt es für uns in diesem Zusammenhang: Qualität geht vor Quantität.

(Zurufe von der CDU)

Wir wissen, daß es hier weitere Bedarfe gibt. Aber ich will auch einmal ganz deutlich sagen: Es besteht aber kein Bedarf, durch Rundschreiben an grüne Ratsfractionen Druck von unten zu initiieren. Wer den Mund zu voll nimmt, darf sich nicht wundern, wenn er hinterher mit leeren Händen dasteht.

(D) Da hat es die Opposition natürlich leichter. 2 000 zusätzliche Lehrerstellen: kein Problem. Früher bot die CDU hier als Deckung das Personal des Landesinstituts oder Stellen aus dem Ganztagsbereich der Gesamtschulen an. Und heute? Da werden 1 000 Stellen aus dem mittelfristigen Konzept genommen, da werden Stellen zur Deckung genommen, die nur vorübergehend erwirtschaftet werden. Und auf weitere 1 000 Stellen wird ein Wechsel ausgestellt, dessen scheinbare Deckung aus einem Sammelsurium von Einzelvorschlägen aus verschiedenen Haushalten besteht, unter anderem auch aus dem Haushalt 05, nimmt man die Restmittel, die zur Stärkung der Arbeitnehmerweiterbildung eingesetzt werden, gleich dazu. Daß dies ein ungedeckter Wechsel ist, belegt allein die Tatsache, daß diese Deckungsvorschläge im Ausschuß auch nur mündlich vorgebracht werden konnten.

Aber der Zwang zu kostenneutralen Lösungen und die Enge des Haushaltsspielraums müssen nicht zu Untätigkeit führen. Beweise dafür liefern sowohl der Haushalt 1998 als auch die Änderungsvorschläge der Koalition und vor allen Dingen die laufenden und eingeleiteten bildungspolitischen Aktivitäten. Ich freue mich, daß wir die Betreuung an den Grundschulen von 8 bis 13 Uhr

(Manfred Degen [SPD])

- (A) fortführen können, daß wir die Mittel so ausgestattet haben, daß auch die bisher errichteten Zweitgruppen weitergeführt werden können. Ich freue mich, daß das Instrumentarium "Geld statt Stellen" gut ausgestattet ist und flexibler gehandhabt werden kann. Ich freue mich, daß durch die schulscharfen Einstellungen, die erweitert werden sollen, das Mitspracherecht auch der Einzelschule bei der Einstellung von Lehrern vergrößert wird.

Man könnte sagen: Unter dem Stichwort: "Arm, aber gerecht" haben wir haushaltsneutral beschlossen, Gerechtigkeitslücken zu schließen. Wir haben die Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrer erweitert, wir haben den Laufbahnwechseln den Weg geebnet, und ich bin der Überzeugung, daß wir auch mit dem Weg, den wir für die Inhaber der Altlehrämter gefunden haben, erreichen, daß diese an Beförderungen teilhaben können. 50 Stellen für diesen Bereich haben wir im Haushaltsplan gesichert.

- (B) Ich brauchte jetzt noch weitere Zeit, um darauf aufmerksam zu machen, was wir über das Berufskolleg erreicht haben, was wir aus Nordrhein-Westfalen zur Sicherung des Berufschulunterrichts nicht nur in unserem Lande, sondern insgesamt in der Bundesrepublik getan haben, welche Bedeutung der Ausbildungskonsens nicht nur für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze hat, sondern auch, welche Bedeutung die begleitenden Maßnahmen für die Schaffung neuer Ausbildungsberufe haben und wie diese Diskussion dazu beigetragen hat, daß wir in Nordrhein-Westfalen mit den Partnern des Ausbildungskonsenses ein gutes Verhältnis haben. Deshalb ist wahrscheinlich dieses Berufskolleg auch so reibungslos über die Bühne gegangen.

Wir haben in diesem Jahr wichtige Impulse gesetzt, über Nordrhein-Westfalen hinaus. Jeder weiß - und das kann man in der Koalitionsvereinbarung nachlesen -, was wir in den nächsten Jahren vorhaben. Wir sind berechenbar. Jeder kann sich auf unsere Entscheidungen einstellen, und jeder kann sich auf unsere Entscheidungen verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Frau Kollegin Schumann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Brigitte Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bund hat kontinuierlich die Bildungskosten gesenkt.

(Lachen bei der CDU)

Herr Rüttgers und Herr Herzog verschweigen das. Das ist wohlfeile Politik. Der Bund stranguliert die Landeshaushalte, nicht nur den von Nordrhein-Westfalen, und zwingt uns systematisch zu Einsparungen auch in den Kernbereichen, die uns als Bündnisgrünen wichtig sind, nämlich in der Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine der unausweichlichen Folgen war die Entscheidung, das Mittelfristige Konzept zur Unterrichtsversorgung zu beschließen. Niemand - erst recht nicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - hat diese Operation gern gemacht. Sie ist schmerzhaft, und sie ist und bleibt mangels anderer Möglichkeiten, hier operativ umzugehen, eine Notmaßnahme.

Unser Haushalt, den wir im Schulausschuß verabschiedet haben, bildet korrekt die Beschlüsse von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur mittelfristigen Unterrichtsversorgung ab. Dazu gehört auch das Segment des bedarfsdeckenden Unterrichts. Wir, meine Kollegin Bainski und ich, haben das nie in Briefen an die Ministerin in Frage gestellt und gesagt, sie möchte davon absehen. Wir haben sie gebeten - und das ist ein Unterschied -, daß Konzept zu überdenken, weil es für uns ein zu hierarchisch gestricktes ist. Ich denke, das ist in der Koalition eine berechnete Kommunikation, sich zu bestimmten Maßnahmen zu stellen und auch andere Vorstellungen einzubringen.

Ich möchte zu den Widersprüchen, auf die Sie mich hier festlegen wollen, sagen: Es sind keine; es ist eher dialektisch gedacht. Diese Denkfigur ist Ihnen vielleicht etwas fremd. Da möchte ich Sie mal eben vorführen.

(Oliver Wittke [CDU]: Sind Sie arrogant!)

Meine Position als Bildungspolitikern deckt sich - das ist der erste style - mit der Überzeugung, die Oskar Negt in seinem Buch "Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche" wie folgt darstellt - ich zitiere -:

"Bei den Kalkulationen über Leistungen und Kosten, welche die Beratungen öffentlicher Haushaltsentwürfe begleiten, fehlt in der Regel ein Posten fast vollständig, der sich als der bei

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- a) weitem größte erweisen könnte, nämlich Phantasie, Gedankenarbeit, vielleicht sogar Berechnungen und Prognosen darauf zu richten, welche gesellschaftlichen Kosten die Vernachlässigung der kommenden Generation verursacht. Es gehört zu den Perversionen einer Gesellschaft, die vor objektiv verfügbarem Reichtum schier zu ersticken droht, daß sie wenig dafür verwendet, damit die nachfolgende Generation entsprechend ausgestattet wird, diese Ernte in eine menschliche Gesellschaft einbringen zu können."

Das ist eine richtige Grundüberzeugung.

Aber - jetzt der dialektische Sprung - bezogen auf einen Landeshaushalt, der mehr und mehr Opfer einer von der Bundesregierung fehlgeleiteten Steuer- und Finanzpolitik wird, auch zu Neu-deutsch Umverteilungspolitik genannt, lassen sich von landespolitischer Seite nicht die ganz großen Weichen stellen. Wenn das allgemeine Bewußtsein von der allgemeinen Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen groß genug ist, wird es eine nationale Anstrengung für Bildung und Bildungsinvestition geben. Und dazu gehört der Bund mit seinen Rahmenbedingungen. Offensichtlich reichen da die Sonntagsreden von Herrn Herzog und Herrn Rüttgers nicht aus, um dieses Bewußtsein zu erzeugen.

(Unruhe bei der CDU)

Es gibt Licht und Schatten im Haushalt. Ich habe mich über jede positive Bewegung gefreut - das möchte ich auch einmal sagen -; ich nenne Sie: 150 000 DM für Gedenkstättenarbeit mehr; Sie haben dagegen gestimmt. Das ist ein nicht zu unterschätzendes politisches Signal in dieser Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich nehme aber auch gleichzeitig wahr, daß damit die Problematik der Finanzierung von hauptamtlichem Personal in Gedenkstätten nicht gelöst wird.

Es wird zu den 25 regionalen Arbeitsstellen für ausländische Kinder und Jugendliche eine zusätzliche geben, und damit wird eine wichtige Voraussetzung für die Integration der Migrantenkinder geschaffen, das interkulturelle Lernen an Schulen unterstützt, Hilfen für die sogenannten Seiteneinsteiger geboten, das Problem des Übergang von der Schule zum Beruf angepackt, Elternarbeit intensiviert.

- (C) Die Umschichtungen, um die Zahl der Planstellen für Fachleiterinnen an Gesamtschulen um 30 zu erhöhen, freuen uns, weil stärker sichergestellt werden muß, daß zukünftige Gesamtschullehrerinnen und -lehrer von Menschen mit Gesamtschulerfahrung ausgebildet werden.

Und was mein Kollegen Degen sagte, ist allemal richtig: Die Gleichstellung der Altlehrämter zu den Stufenlehrämtern ist nur ein Akt sozialer Gerechtigkeit. Wir freuen uns, daß das gelungen ist. Das war schon lange unserer Ziel - unser gemeinsames Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu dem Schatten, der jetzt unvermeidbar angesprochen ist. Meine Fraktion hat nach der Verabschiedung des Haushalts im Schulausschuß weiterhin versucht, 100 Stellen für den gemeinsamen Unterricht zu bekommen, weil diese Frage für uns eine grundsätzliche Bedeutung hat. Daß es nicht gelungen ist, 100 Stellen aus dem Zeitbudget für den gemeinsamen Unterricht zu bekommen, ist für mich - das sage ich deutlich - nicht akzeptabel. Wenn sich die SPD hier auf die Vereinbarung beruft, die eine andere Verwendung der 1 000 Stellen aus dem Zeitbudget vorsieht, dann ist das eine Sache. Mit dem Rückgriff auf das Zeitbudget in einem sehr begrenzten Umfang haben wir nur einen Weg aufzeigen wollen, wie vermieden werden kann, daß die Koalitionsvereinbarung zwischen uns in einem wesentlichen Punkt auf der Strecke bleibt. Wir haben nur gefordert, was koalitionsgemäß ist.

(D) Die Stellen des Mehrbedarfs in der Grundschule reichen für die Kinder, die da sind, nicht aus.

(Beifall des Bernhard Recker [CDU])

Im letzten Haushalt hat es keine zusätzlichen Stellen gegeben, obwohl 500 Kinder mehr prognostiziert worden sind, und tatsächlich waren es sicherlich noch mehr. In diesem Jahr sind 42 Stellen aus dem Grundschulkapitel für den sonderpädagogischen Mehrbedarf umgewidmet worden, die eigentlich für die Kooperation zwischen Grundschullehrern und Sonderschullehrern im gemeinsamen Unterricht vorgesehen sind. Selbst diese für mich zweifelhafte Operation der Umwidmung reicht aber rechnerisch noch längst nicht aus; denn wir erwarten im Haushalt 1998 wieder 500 Kinder mehr als im Vorjahr.

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) Eine wachsende Zahl unserer grünen Kommunalpolitikerinnen, die eingeschworene Integrationsbefürworter sind, kritisieren die sich verschlechternde Ausstattung im gemeinsamen Unterricht der Grundschulen, und sie kritisieren den Verteilungskampf vor Ort zwischen den Sonderschulen und den Grundschulen. Der findet statt, weil die Personalsituation an Sonderschulen je nach örtlichen und regionalen Gegebenheiten auch sehr angespannt ist. Dieser Verteilungskampf bringt die Akzeptanz für den gemeinsamen Unterricht bei den Sonderschullehrerinnen und Grundschullehrerinnen ins Wanken. Und das finden wir gefährlich. Und das macht uns mehr als nachdenklich.

Darauf bezogen wären die insgesamt 100 Stellen für die Verbesserung der Situation an den Grundschulen schon ein gutes und richtiges und wichtiges Signal gewesen. Die Stellen stehen bis zum Jahr 2000 jährlich zur Verfügung. Wir müssen selbstverständlich darüber wachen, daß sie für den Übergangszeitraum bei den Schulen verbleiben, und eine Lösung für den Zeitpunkt danach suchen.

Die Tatsache, daß der Schulversuch für das gemeinsame zieldifferente Lernen in der Sekundarstufe 1 nicht mehr ausgeweitet wird, sondern auf 30 Schulen beschränkt bleibt, ist für uns nicht akzeptabel. Das gilt für Eltern und Schulträger gleichermaßen. Wenn es von Schulträgern und Schulausschüssen Resolutionen gegeben hat, dann doch nicht deshalb, weil wir das verordnet haben, sondern weil sie selber die Katastrophe empfinden, daß nach einer gemeinsamen Kindergartenzeit, nach einer gemeinsamen Grundschulzeit Eltern und Kinder erleben, daß sie das gemeinsame Lernen nicht mehr fortsetzen können und auf eine künstliche Barriere nach Klasse 4 stoßen.

Während in anderen Bundesländern, wie in Hessen, die Integration in der Sekundarstufe 1 aus dem Schulversuch in ein Gesetz hineingeschrieben worden ist, wird in Nordrhein-Westfalen vor offizieller Beendigung des Schulversuchs auf eine neue Konstruktion gesetzt: die sonderpädagogische Fördergruppe. Diese wird sowohl von Eltern als auch von Integrationswissenschaftlern als auch von Lehrerverbänden und der GEW gemeinsam abgelehnt. Professor Ulf Preuß-Laursitz hat sie richtig charakterisiert als Sonderschulklasse in der Regelschule, die eher integrationsverhindernd wirkt.

Wir gehören zu denen, die das BVG-Urteil nicht akzeptieren. Wir akzeptieren es nicht, daß es denen recht gibt, die die Integration unter den Finanzvorbehalt stellen, unter den Vorbehalt des Machbaren. Unsere Partei akzeptiert nicht, daß ein Grundrecht mit Finanzargumenten ausgehebelt werden soll und daß das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes mit einem solchen höchststrichterlichen Spruch unwirksam gemacht wird. Wir fordern im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Bestandsaufnahme zur sonderpädagogischen Förderung in Nordrhein-Westfalen ein Gesamtkonzept für einen systematischen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts.

Die GRÜNEN wollen gemeinsam einen Politikwechsel von der Sonderpädagogik zur Integrationspädagogik. Dieser Politikwechsel ist in Gefahr. Deshalb werde ich mich als unmittelbar zuständige Abgeordnete für den Bereich bei der Abstimmung hinterher enthalten. Da wir aber alle GRÜNEN auf die Koalition zur Durchsetzung dieses Paradigmenwechsels setzen, werden alle meine Kolleginnen und Kollegen dem Haushalt 05 im Sinne der Koalition zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Behler, das Wort.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen ist mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf im Bereich des Einzelplans 05 gut zufrieden. Die grundlegenden Voraussetzungen sind in Gesprächen, parlamentarischen Debatten und Entscheidungen auch des vergangenen Jahres geschaffen worden. Auch ich möchte am Anfang herausstellen, daß die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf einem hohen Niveau in Nordrhein-Westfalen absoluten Vorrang für die bildungspolitischen und damit auch haushaltspolitischen Entscheidungen in diesem Zusammenhang hat.

Ich verweise auf die Diskussionen, die wir zu den einzelnen Aspekten in den vergangenen Monaten geführt haben. Deshalb verwundert mich schon manches von dem, was der Herr Kollege Recker hier angesprochen hat. Wir haben auch im Ausschuß über die einzelnen Anträge der CDU-Frak-

(Ministerin Gabriele Behler)

- A) tion gesprochen. Es gibt einen Antrag, der vorsieht, daß 1 000 zusätzliche befristete Angestelltenstellen mit kw-Vermerk in den Haushalt eingebracht werden. Dazu wird ein Deckungsvorschlag unterbreitet, wesentlich nicht aus den Mitteln des Einzelplans 05.

Ich will ein Beispiel herausgreifen. Da sollen zur Deckung für 1 000 befristete zusätzliche Lehrerstellen die Sachmittel, die dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest zur Verfügung stehen - ich sage deutlich: die Sachmittel -, halbiert werden. Überlegen wir doch weiter. Die Gesamtsumme der Deckung bezieht sich offensichtlich auf die Kosten für Lehrerstellen ab dem Beginn des nächsten Schuljahres von August bis Dezember. Da es ja keinen Sinn machte, anschließend neu zu überlegen, ob man diese Stellen weiterführen kann oder nicht - da ist ja noch nicht einmal ein Schulhalbjahr herum -, wird damit automatisch die Erwartung verbunden, diese 1 000 zusätzlichen Stellen auch in 1999 weiterführen zu können. Anders ginge es ja nicht. Soll das im Ergebnis heißen, daß zur weiteren Finanzierung die Sachmittel des Landesinstituts in Soest nicht nur auf 0, sondern auf minus 2 Millionen DM geführt werden sollen? Oder wie soll das eigentlich funktionieren?

- B) Man sieht nur an diesem Beispiel schon, daß die vorgelegten Deckungsvorschläge letztlich unseriös sind und nicht dazu taugen, solche Vorschläge einer ernsthaften Prüfung unterziehen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Da wird über den bedarfsdeckenden Unterricht geredet. Da bitte ich doch wirklich um mehr Seriosität in der Diskussion. Ich kann und muß es akzeptieren, daß längst nicht jede Entscheidung, für die ich politische Verantwortung trage, von allen begrüßt wird. Das ist in Ordnung. Aber, Herr Kollege Recker, Sie stellen eine solche Maßnahme eines sehr maßvollen Einbezugs von Referendarinnen und Referendaren, die im Gegensatz zu manchen Ländern in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel eine zweijährige Ausbildung durchlaufen, eine halbjährige Einführung haben und dann nach dem halben Jahr zu einem kleineren Teil selbständigen Unterricht erteilen, der dann wiederum bedarfsdeckend gerechnet wird, als Qualitätsminderung dar. Da wundere ich mich doch, wenn ich dann lese, daß etwa auf einer Pressekonferenz zum selben Thema - veranstaltet von Herrn Dr. Helmut Linssen und dem damaligen bildungspolitischen Sprecher, Herr Giltjes - vorgeschlagen

worden war, zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen ehrenamtliches Personal einzustellen und ehrenamtlichen Unterricht vorzusehen. Ich bin für jede Diskussion und für jede Anregung dankbar. Ich bin auch dafür, Unkonventionelles zu eröffnen. Darum geht es mir nicht.

Man kann aber nicht auf der einen Seite sagen, daß Personen mit einer abgeschlossenen universitären Ausbildung, einer weiteren halbjährigen Hinführung, einer Betreuung durch Fachleiterinnen und Fachleiter zu einer Qualitätsminderung in Schulen führten, und auf der anderen Seite sagen: Holen Sie doch bitte ehrenamtliches Personal in die Schule! - Das sind nämlich Leute, die überhaupt keine pädagogische Ausbildung haben. Das paßt nicht zusammen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann kritisieren Sie das Zeitbudget. Das haben Sie auch beim letzten Mal bei der Diskussion um die Regierungserklärung und später getan. Allerdings, das sage auch ich: An der Diskussion um das Zeitbudget sieht man in der Tat einen ganz unterschiedlichen Zugang zur Lösung der Probleme in Schulen. Das Zeitbudget ist eben nicht, wie Sie es immer darstellen wollen, mit seinem Umfang von tausend Stellen als eine Spielwiese für alle diejenigen gedacht, die sich außerdem noch bedienen möchten. Das Zeitbudget ist die Antwort darauf, daß wir in unserem Land eine erhebliche Spannweite von sozialen Problemsituationen in Städten und in Stadtvierteln haben, denen man nicht immer mit gleicher Elle begegnen kann. Sondern: Hier sieht das Land die Verantwortung dafür, daß auch Schulen die Möglichkeit haben müssen, auf solche Problemsituationen mit Stellen oder Stellenanteilen zu reagieren.

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Mit Ihrer Kritik - das ist übrigens der Teil, den ich eher als zynisch empfinde - gehen Sie doch einmal in manche Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf und erklären dort den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und den Kindern vor Ort, daß das zusätzlicher Luxus sei, wenn an diesen Schulen daran gearbeitet wird, eine bessere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule hinzubekommen, eine bessere Beratung von Kindern bei der Orientierung für den Ausbildungsmarkt zu ermöglichen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wenn Sie sagen, so etwas brauchte man nicht, dann entgegne ich Ihnen: Das ist halt der andere Politikan-satz, und der unterscheidet dann tatsächlich So-

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) zialdemokraten von einer CDU im Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir auch, trotz der anerkanntermaßen großen Leistungen des Landes bei Neueinstellungen, noch mehr jüngere Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Ich erneuere an dieser Stelle den Appell an die Kolleginnen und Kollegen, die im Amt sind und über ein gesichertes Einkommen und einen gesicherten Arbeitsplatz verfügen, erneut zu überlegen, ob es ihnen nicht möglich ist, eine - wenn auch nur kleine - Teilzeitbeschäftigung zu übernehmen. Jede Stunde, die gegen den Verzicht auf Gehalt in Schulen durch einzelne Lehrer beantragt wird, widmen wir in Neueinstellungen für dieses Land um. Ich würde mich freuen, wenn wir diesen Anteil auf der Basis freiwilliger Entscheidungen von Lehrerinnen und Lehrern deutlich erhöhen könnten. Ich meine, das ist in dieser Gesellschaft die richtige Antwort auch auf Arbeitsmarktp Probleme, die wir im Schulbereich genauso haben wie anderswo.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Frau Schumann, ich möchte auch ein deutliches Wort zu Ihrer Forderung nach weiteren hundert Stellen sagen. Es wurde aus dem Wortbeitrag hier nicht ganz ersichtlich, auf welchen Bereich es sich beziehen soll. Sie haben eine mangelnde Versorgung im Primarbereich und ebenfalls die Nichtausweitung des Schulversuchs in der Sekundarstufe I kritisiert.

Für diese hundert Stellen, die Sie gerne aus dem Zeitbudget genommen hätten, um die Ausweitung des Schulversuchs der Sekundarstufe I zu finanzieren, gilt dasselbe wie das, was ich eben gegenüber dem Kollegen von der CDU gesagt habe: Das Zeitbudget ist kein Bedien-Instrument für alle möglichen, oft auch sinnvollen zusätzlichen Anforderungen, die wir an Schulen richten. Das Zeitbudget setzt - und so ist es auch vereinbart worden - auf die Ziele, die wir vorhin angesprochen haben.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin, darf ich Sie einmal unterbrechen?

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein, ich möchte das zu Ende führen.

Ich finde es schon - und auch das möchte ich hier deutlich sagen - mindestens befremdlich, wenn aus den Reihen einer Regierungsfraktion heraus Briefe ins Land geschickt werden, mit denen die Gespräche zwischen Regierung und einzelnen Fraktionen unbedingt in die eigene Richtung gelenkt werden sollen. Das ist auch aus meiner Sicht vom Stil her befremdlich.

Ich halte eine Zahl von 30 Schulen für einen Schulversuch für hinreichend, um tatsächlich ernsthafte Erkenntnisse gewinnen zu können. Ich bin auch der Auffassung, daß wir diese Erkenntnisse dringend brauchen. Denn im Gegensatz zu Ihnen meine ich nicht, daß die Tatsache, daß es Integrationswissenschaftler gibt, schon hinreichend die Antwort auf all die Fragen bereitstellt, die wir in der Praxis präsentiert bekommen. Wir müssen diese Fragen beantworten; hier kann es nicht darum gehen, das Gute zu wollen schon für die Problemlösung selbst zu halten. Sie wissen, hier gibt es mehr Fragen und mehr Probleme, die wir in der Praxis lösen müssen, als daß wir sie pauschal mit Stellenzuweisungen beantworten könnten. Deshalb bitte ich auch an dieser Stelle um mehr Seriosität in der Diskussion.

Wir haben im Haushalt deutlich gemacht: Der Stellenplan ist wesentlich, er ist aber nicht alles. "Grundschule von 8 bis 1" ist ein bedeutender Fortschritt für die Menschen bei uns im Lande. Die unzähligen Aktivitäten, die an den Schulen stattfinden und oft mit sehr kleinen Summen aus dem Titel "Öffnung von Schule" unterstützt werden können, zeigen, daß eben in der Schule nicht Lähmung und Resignation eingetreten ist, sondern lebendiges Leben herrscht. Wir wollen das weiterführen und auch unterstützen.

Wenn Sie, Herr Kollege Recker, mir sagen, daß ich hier die Verantwortung ganz alleine trüge, kann ich Ihnen nur antworten: Das stimmt nicht. Ich trage meine politische Verantwortung gerne und mit voller Überzeugung für die Entscheidungen, die wir treffen. Aber ich weiß mich in der Verantwortung durchaus nicht allein in diesem Land, sondern ich erfahre erhebliche Unterstüt-

(Ministerin Gabriele Behler)

A) zung - auch aus den Reihen der Regierungsfraktionen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Herr Clement an Ihrer Seite!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 05**. Sie kennen die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2605**. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung **entsprochen** und der Einzelplan 05 durch das Plenum bestätigt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

B) Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2606, **eröffne** die **Beratung** und erteile Herrn Kollegen Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Wissenschaftshaushalt für das Jahr 1998 ignoriert erneut in unverantwortlicher Weise die berechtigten Forderungen und Proteste

(Unruhe - Glocke)

der Lehrenden und Lernenden an den nordrhein-westfälischen Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)

Er ist deshalb das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt steht. Dieser perspektivlose Wissenschaftshaushalt wird somit von uns mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Die Studentenproteste der letzten Wochen haben die langjährigen vergeblichen Warnungen und Forderungen der CDU-Landtagsfraktion in diesem

Hause plakativ und unübersehbar an die Öffentlichkeit gebracht. (C)

Für die heutige Situation an den Hochschulen unseres Landes ist eine massive Überfüllung in vielen Fachbereichen kennzeichnend. Sie ist verbunden mit einer Verschlechterung der Betreuungssituation, zahlreichen Zugangsbeschränkungen, künftig weiter steigenden Studentenzahlen bei gleichzeitig stagnierenden Hochschulabschlüssen sowie hohen Abbrecherquoten und langen Studienzeiten.

Diese äußerst mißliche Situation haben wir seit mehr als zehn Jahren bis heute in zahlreichen Anträgen und Initiativen immer wieder problematisiert und die Landesregierung wiederholt zur Wahrnehmung ihrer hochschulpolitischen Aufgaben in Eigenverantwortung aufgefordert. Unsere seriös begründeten und finanzierbaren Vorschläge wurden samt und sonders vom Tisch gefegt. Untätigkeit wurde zum Prinzip des hochschulpolitischen Handelns in unserem Lande erhoben.

Noch im April diesen Jahres haben wir die Landesregierung und damit ganz besonders Sie, Frau Ministerin Brunn, vergeblich aufgefordert, bei den Vorarbeiten zur Erstellung des Haushaltsentwurfes 1998 alle Möglichkeiten zur Umschichtung zugunsten des Wissenschaftshaushaltes auszuloten. Ziel dieser Unternehmung sollte es sein, den zuständigen Fachausschuß frühzeitig vor der Erstellung des Haushaltsentwurfes 1998 über die Ergebnisse der Suche nach höheren Prioritäten für die Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zu informieren. Dabei ging es uns erneut darum, nach neuen Spielräumen in der Haushaltspolitik unseres Landes zu suchen, um insbesondere dem unabweisbaren Handlungsbedarf im Hochschulbau besser als bisher zu entsprechen; sogar die grüne Ausschußvorsitzende gab uns in diesem Punkt recht. (D)

Leider wurde unser Antrag dann doch von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt, so daß auch - anders als von den GRÜNEN schon für 1997 gefordert - die durchaus vorhandenen Möglichkeiten zur Umschichtung im Haushalts nicht realisiert wurden. Erneut wurden so Zukunftschancen für nachfolgende Generationen nicht genutzt. Der rot-grüne Machterhalt steht eben weit über den Problemlagen der jungen Menschen an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)